

3.10.1973

La/rf

Eindrücke von der Jahresversammlung des
Internationalen Währungsfonds und der Weltbankgruppe
vom 24. - 28. September 1973 in Nairobi

1. Seit einigen Jahren findet jede dritte Jahresversammlung des Währungsfonds und der Weltbankgruppe ausserhalb Washingtons statt. Bei der Wahl des Tagungsortes wird dabei darauf gesehen, abwechselungsweise die verschiedenen Kontinente zu berücksichtigen. Nach Asien (Tokio 1964), Lateinamerika (Rio de Janeiro 1967) und Europa (Kopenhagen 1970) war dieses Jahr erstmals Afrika an der Reihe. Die Wahl war auf Nairobi gefallen, weil dieser Ort dank seines Klimas wie auch der zahlreichen Hotels und ausgebauten Beherbergungsfazilitäten am ehesten in der Lage war, eine Veranstaltung derartigen Ausmasses aufzunehmen. Kenia hatte überdies bereits vor einigen Jahren den Bau eines grossen Konferenzgebäudes in die Wege geleitet, das es gestattet, selbst Konferenzen von solchen Ausmassen (4-5000 Teilnehmer), wie sie die Jahresversammlung der Bretton Woods Institutionen in den letzten Jahren angenommen haben, unterzubringen.

Entgegen gewissen Gerüchten und Befürchtungen, die bis kurz vor der Tagung zirkulierten, wurde sowohl das Konferenzgebäude, das "Kenyatta Conference Center", fertig, und konnten auch die schätzungsweise etwa 4000 Teilnehmer der Konferenz, die aus dem Ausland herbeigereist kamen, in Nairobi und Umgebung untergebracht werden, ohne dass es zu Zusammenbrüchen in der Wasser- und Elektrizitätsversorgung kam. Das Konferenz-Zentrum, unter Leitung eines norwegischen Architekten erbaut und aus einem riesigen Versammlungsraum, mehreren etwas kleineren Konferenzräumen und einem runden Büro-Hochhaus von 28 Stockwerken bestehend, funktionierte einwandfrei, obwohl es erst in letzter Minute fertig wurde. Es erwies sich als schlichtes, jedoch sehr harmonisches und zweckmässiges Gebäude, das trotz unverkennbar skandinavischen Stils sehr schön

in die afrikanische Umgebung hineinpasst. Die ganze Veranstaltung war vorzüglich organisiert. Die Eröffnungszeremonie beispielsweise, für die den Teilnehmern ein auf die Minute festgelegtes, detailliertes Programm überreicht worden war, wurde absolut pünktlich eingehalten. Präsident Kenyatta erschien, von einem Spalier tanzender und die Trommel schlagender Afrikaner in ihren Stammeskostümen erwartet, auf die Minute genau und eröffnete die Jahresversammlung mit einer prägnanten kurzen Ansprache. Die ausländischen Gäste kehrten allgemein sichtlich beeindruckt von der durchwegs ausgezeichnet vorbereiteten und durchgeführten Veranstaltung, von der grossen Gastfreundlichkeit, vom leistungsfähigen Gastgewerbe und selbstverständlich nicht zuletzt auch von der ausserordentlichen Schönheit des Landes wieder nach Hause zurück.

2. Uebertraf die Jahresversammlung in organisatorischer Hinsicht ganz eindeutig die gehegten Erwartungen, so dürfte Gleiches wohl kaum für die Ergebnisse der Verhandlungen gelten, zum mindesten was die in weiten Kreisen gehegten Hoffnungen hinsichtlich der Währungsreformgespräche anbetrifft. Es zeigte sich vielmehr einmal mehr, wie gross bei wichtigen Währungsverhandlungen, die ihrer komplexen Natur wegen zwangsläufig längere Zeit in Anspruch nehmen, die Neigung zu übermässigen Stimmungsschwankungen in der Oeffentlichkeit ist. Die Mitteilungen über die Ergebnisse der Ministerkonferenz der "Zwanzig" von Ende Juli 1973 hatten den Eindruck erweckt, dass bereits eine Vereinbarung über wesentliche Grundzüge einer neuen Währungsordnung erreicht worden sei oder doch zum mindesten auf Nairobi hin erwartet werden könnte. Schon im vergangenen Jahr, als das "Komitee der Zwanzig" gebildet wurde, war stets davon die Rede gewesen, dass "bis Nairobi" das Konzept für ein neugestaltetes internationales Währungssystem vorliegen werde. So ist es denn verständlich, dass zahlreiche Teilnehmer an der Jahresversammlung in Nairobi Enttäuschung empfanden, als sich zeigte, dass die "Zwanzig" noch nicht mit konkreten Lösungen für eine neue Währungsordnung aufwarten

konnten. Die Stimmung in Nairobi wurde daher vielfach mit Ausdrücken wie "Disappointment" und "Frustration" charakterisiert. Dies Urteil erscheint jedoch bei nüchterner Betrachtung ebenso übertrieben wie die überschwenglichen Erwartungen nach der Ministerkonferenz der "Zwanzig" von Ende Juli. Die Neugestaltung einer internationalen Währungsordnung ist eine schwierige und komplexe Aufgabe, die erhebliche Zeit in Anspruch nimmt. Dazu war die Währungslage für eine wirkliche Neuordnung in Nairobi auch noch nicht reif.

3. Bereits die Sitzung der Stellvertreter der "Zwanzig" vom 5./7. September 1973 hatte erwiesen, dass die scheinbar im Juli von den Ministern erreichte Verständigung über einen Kompromiss in den beiden Punkten "Zahlungsbilanzanpassung" und "Konvertibilität" dem kritischeren Blick der Experten nicht standhielt. Im Gegenteil schien sich die Haltung sowohl der Vereinigten Staaten auf der einen als auch der EG-Länder und Japans auf der anderen Seite inzwischen eher versteift zu haben. Die Vereinigten Staaten beharrten auf dem Standpunkt, dass die Veränderung der Währungsreserven über gewisse Limiten hinaus ("Indikator"-Lösung) den "adjustment process" zum mindesten in dem Sinne automatisch auslösen müsse, wonach das betreffende Land den Nachweis zu erbringen habe, zur Wiederherstellung des Gleichgewichtes geeignete Massnahmen getroffen zu haben oder noch zu treffen. Die EG-Länder wollten sich demgegenüber lediglich damit einverstanden erklären, dass die Reserveentwicklung bei der Beurteilung als wichtigster Indikator neben anderen Berücksichtigung finde, wobei eine Prüfung und Konsultation der Gesamtsituation des Landes aufzeigen sollte, ob und welche Anpassungsmassnahmen erforderlich wären. Dem betreffenden Land sollte jedoch nicht einfach die Beweislast überbürdet werden. Hinsichtlich der Frage des Saldenausgleichs ("Konvertibilität") beharrten umgekehrt die EG-Länder und Japan auf dem Standpunkt, dass auch die Reservewährungsländer verpflichtet werden müssten, auftretende Zahlungsbilanzdefizite in jedem Fall und obligatorisch mit sog. Primärreserven, d.h. insbesondere mit

Sonderziehungsrechten, auszugleichen. Die Vereinigten Staaten wollten es dagegen den Ueberschussländern freistellen, ob sie Devisen, d.h. Dollars, in ihre Reserven übernehmen und halten oder diese in SZR konvertieren wollten. Dies würde es den USA erlauben, dem Dollar die Rolle einer Reservewährung bis zu einem gewissen Grade zu erhalten.

Die Stimmung am Treffen der Stellvertreter soll sehr schlecht und gereizt gewesen sein. Dem Vorsitzenden, Mr. Morse, der mit seinen Helfern versucht hatte, die in Washington scheinbar erzielte Verständigung unter den Ministern in einer Kompromissformel für die Punkte "adjustment process" und "convertibility" festzuhalten, wurde von italienischer Seite vorgeworfen, er habe einseitig den amerikanischen Standpunkt begünstigt. Aber auch die Vereinigten Staaten waren über diese Formulierung offensichtlich unzufrieden, denn Secretary Shultz stellte an einer Pressekonferenz in Nairobi fest, Mr. Morse habe die amerikanische Auffassung missverstanden und falsch wiedergegeben.

Angesichts dieser Situation wurde an der Sitzung der Minister der "Zwanzig", die unmittelbar vor Eröffnung der Jahresversammlung am 23. September 1973 in Nairobi stattfand, überhaupt nicht mehr versucht, nach einer Ueberbrückung der gegensätzlichen Standpunkte zu suchen. Die Sitzung war deshalb auch nur von kurzer Dauer. Die Minister kamen überein, angesichts der Unmöglichkeit weitere Fortschritte zu einer Verständigung selbst über einige wenige Elemente zu erzielen, den Vorsitzenden, den indonesischen Finanzminister Wardhana, zur Veröffentlichung des von Mr. Morse und seinen Mitarbeitern bisher verfassten Dokuments, des sog. "Draft Outline", zu ermächtigen. Um deutlich zu machen, dass sich die beteiligten Länder in keiner Weise an dieses Papier gebunden fühlen, wurde ausdrücklich festgehalten, dass für den Text der Vorsitzende der Stellvertreter verantwortlich sei. Auf Antrag von Finanzminister Giscard d'Estaing wurde sodann für die weitere Tätigkeit der

"Zwanzig" eine neue "dead line" vereinbart. Die "Zwanzig" sollen nunmehr ihre Arbeiten bis zum 31. Juli 1974 abschliessen. Es ist nicht ganz klar, welche Ueberlegungen den französischen Finanzminister veranlassten, auf die Festsetzung dieses Termins zu drängen. Wollte er damit einen Druck erzeugen, um die Währungsreform in Gang zu halten oder sollte dieser Termin die Oeffentlichkeit und insbesondere die Devisenmärkte beruhigen? Tatsache ist jedenfalls, dass die Mehrzahl der beteiligten Länder diesem Termin ohne Begeisterung und vor allem ohne Ueberzeugung ihre Zustimmung gaben. Von verschiedenen Delegationen war zu vernehmen, dieser Termin sei völlig unrealistisch und werde nicht eingehalten werden können.

Der Eindruck, der in verschiedenen Aeusserungen von Secretary Shultz sowohl in seinem Statement vor der Plenarversammlung wie auch in Pressekonferenzen seine Bestätigung fand, überwog, dass sich namentlich die Vereinigten Staaten mit der Fixierung einer neuen Währungsordnung Zeit lassen möchten. Offenbar sind sie der Auffassung, dass sich die amerikanische Zahlungsbilanzlage rasch erholt und dies von den derzeitigen Wechselkursverhältnissen begünstigt wird. Sie gehen ferner davon aus, dass sich bei ausgeglichener oder gar aktiver Zahlungsbilanz ihre Position in den Verhandlungen über die Währungsreform verbessern würde. Secretary Shultz liess in seinem Statement keinen Zweifel daran, dass die Vereinigten Staaten erst dann bereit seien, zur Konvertibilität des Dollars zurückzukehren, wenn sich die amerikanische Zahlungsbilanz für längere Zeit im Gleichgewicht oder noch besser im Ueberschuss befinde.

Auch auf Seiten einiger europäischer Länder gibt man sich offensichtlich vermehrt darüber Rechenschaft, dass eine echte Währungsreform nur dann Aussicht auf Verwirklichung hat, wenn das amerikanische Zahlungsbilanzgleichgewicht wieder einigermaßen hergestellt worden ist. In diesem Sinne äusserte sich insbesondere die Delegation der Bundesrepublik Deutschland. Auf der anderen Seite wurde von Finanzminister Schmidt mit ganz besonderem Nachdruck

betont, dass in einer neuen Währungsordnung erstens alle Länder, einschliesslich der Reservewährungsländer, verpflichtet werden müssten, ihr Zahlungsbilanzdefizit mit Primärreserven abzudecken und dass zweitens in dieser Ordnung flexible Wechselkurse nur noch in ganz bestimmten Ausnahmefällen und unter internationaler Kontrolle zugelassen werden dürften.

4. Man erhielt jedenfalls den Eindruck, dass die massgebenden Persönlichkeiten damit rechnen, dass bis zur Verwirklichung einer neuen Währungsordnung noch eine Uebergangsperiode von mindestens zwei bis drei Jahren überstanden werden muss, während der die Wechselkurse weiterhin flottieren werden. Von verschiedenen Seiten wurde deshalb darauf hingewiesen, dass es zunächst vordringlich wäre, für diese Uebergangszeit einen "code de bonne conduite" aufzustellen und den IWF mit der Ueberwachung der nationalen Wechselkurspolitik zu betrauen. Diesen Gedanken vertrat offiziell insbesondere der neue Generaldirektor des IWF, Witteveen, der sich in seinem Eröffnungsreferat im übrigen angesichts des derzeitigen Standes der Währungsreformverhandlungen auf eher allgemeine Ausführungen beschränkte. Bestrebungen in dieser Richtung werden, wie wir in privaten Gesprächen vernehmen konnten, auch von prominenten amerikanischen Währungsfachleuten ausserhalb der Administration (Robert Roosa) nachhaltig unterstützt.

Es scheint sich in diesem Zusammenhang immer mehr die Einsicht durchzusetzen, dass in den Währungsreformgesprächen bisher vorwiegend aufgrund vergangener Problemkonstellationen verhandelt worden ist und dass den derzeitigen und den in naher Zukunft zu erwartenden Entwicklungstendenzen zu wenig Rechnung getragen wurde. Wenn nicht alles täuscht, wird die Frage angemessener Wechselkursrelationen zu einem der zentralsten Probleme der kommenden Jahre werden. In Nairobi war sehr oft die Rede von einer Tendenz zu kompetitiven Aufwertungen, mit der sich einzelne Länder zur Zeit gegen Inflationstendenzen zu wehren versuchten, wobei sie aber selbst die Inflation in ihre Nachbarländer exportierten und damit eine ebenso

unsolidarische Haltung bekundeten, wie dies in den dreissiger Jahren mit den kompetitiven Abwertungen der Fall war. Als Musterbeispiel solchen Verhaltens wurde namentlich die jüngste Aufwertung der Niederlande empfunden. Gerade um ein Umsichgreifen derartiger Massnahmen zu vermeiden, so wurde argumentiert, sollten Regeln eines internationalen Wohlverhaltens aufgestellt und vom IWF kontrolliert werden. Dabei war auch weitgehende Uebereinstimmung festzustellen, dass im Falle einer spürbaren Abschwächung des weltweiten Konjunkturaufschwunges sehr bald wieder die entgegengesetzte Tendenz, nämlich eine Neigung zu kompetitiven Abwertungen, einsetzen dürfte, indem dann die einzelnen Länder zweifellos versucht sein werden, ihre internationale Wettbewerbsstellung auf dem Wege über die Wechselkurse zu verbessern. Eine Rückkehr zu festen und stabilen Wechselkursen, wie sie die Welt während rund 25 Jahren nach dem zweiten Weltkrieg kannte, dürfte nach den eingetretenen Ereignissen der letzten Jahre offensichtlich nicht ohne sehr erhebliche Schwierigkeiten zu erreichen sein.

5. Eine Entwicklungstendenz, die bereits anlässlich der Jahresversammlung des vergangenen Jahres verzeichnet werden konnte, hat sich inzwischen verdeutlicht und verstärkt; es handelt sich um eine zunehmende Tendenz zu dem, was man mit einem allgemeinen Oberbegriff als "Verpolitisierung" des Internationalen Währungsfonds bezeichnen könnte. Diese Tendenz zeigt sich in verschiedener Hinsicht.

Da wäre zunächst einmal die Tatsache zu registrieren, dass sich aufgrund der enttäuschenden Erfahrungen mit dem "Komitee der Zwanzig", das sich als viel zu schwerfällig und umständlich für die Durchführung der komplizierten Währungsverhandlungen erwiesen hat, die Bildung einer "Gruppe der Fünf" herauszukristallisieren begonnen hat. Bereits an der Ministerkonferenz der "Zwanzig" von Ende Juli waren die entscheidenden Gespräche vor der eigentlichen Plenarsitzung von den vier Finanzministern der USA, Grossbritanniens,

Frankreichs und der Bundesrepublik Deutschlands in Camp David geführt worden. In Nairobi fand am Samstag vor der Jahresversammlung und vor der Sitzung der "Zwanzig" eine Zusammenkunft der oben erwähnten Finanzminister sowie des japanischen Finanzministers statt, an der offenbar entscheidende Gespräche geführt wurden. Die Einladung dazu ging vom japanischen Finanzminister aus, der sich damit in die Gruppe der massgebenden Länder eingeschaltet hat.

Diese Entwicklung hat offensichtlich bei einigen anderen Ländern erheblichen Unmut und etwelche Besorgnis hervorgerufen. Dies zeigte sich sehr deutlich an der Sitzung der "Zehner-Gruppe", die immer noch weiter vegetiert, da die "Allgemeinen Kreditvereinbarungen", denen sie ihre Entstehung verdankt, noch bis Oktober 1975 in Kraft sind. Die "Zehn" trafen sich unter dem Vorsitz von Finanzminister Giscard d'Estaing unmittelbar vor der Eröffnung der Jahresversammlung am 24. September zur routinemässigen Wahl eines neuen Präsidenten für die nächste Jahresperiode. Der Reihenfolge des französischen Alphabetes entsprechend, fiel der Vorsitz an den italienischen Finanzminister La Malfa. Da dieser nicht anwesend war, verdankte Gouverneur Carli die Wahl und benützte die Gelegenheit, um einige spitzige Bemerkungen über das Entstehen der "Gruppe der Fünf" anzubringen. Hierauf verlangten die Finanzminister der Niederlande und Kanadas das Wort, um ihrer Beunruhigung darüber Ausdruck zu geben, dass entscheidende Währungsgespräche nunmehr in einem so begrenzten und exklusiven Kreise geführt würden. Der holländische Finanzminister regte an, statt dessen die "Zehner Gruppe" wieder zu aktivieren. Der Generaldirektor des IWF, Herr Witteveen, gab ebenfalls seiner Besorgnis Ausdruck und machte insbesondere darauf aufmerksam, dass damit die Entwicklungsländer wiederum aus den entscheidenden Währungsverhandlungen ausgeschlossen würden, was bei diesen auf verständliche Opposition stossen müsse.

Schatzkanzler Barber und Finanzminister Giscard d'Estaing versuchten, diese Besorgnisse zu zerstreuen und die Bedeutung dieses Fünfer-Treffens herabzusetzen. Ihre Argumente waren, es habe sich um ein völlig zwangsloses Nachtessen gehandelt. Es bestehe keinerlei Absicht, eine formelle Gruppe der Fünf zu bilden. Wenn jedoch ein Fortschritt in den Reformgesprächen erzielt werden sollte, dann müssten zwischen den führenden Industrieländern Kontakte aufgenommen werden, um die vor allem zwischen ihnen bestehenden Meinungsverschiedenheiten zu überwinden. Eine Reaktivierung der "Zehn" komme leider mit Rücksicht auf die Entwicklungsländer nicht in Frage. Waren Barber und Giscard d'Estaing bemüht, die Bedeutung des "Fünfer Treffens" herunterzuspielen, so gab Finanzminister Schmidt an einer Pressekonferenz ganz unumwunden sein Interesse für eine solche Gruppierung zu. Nur in Verhandlungen in einem begrenzten Gremium könne es gelingen, entscheidende Fortschritte auf dem Wege zu einer neuen Währungsordnung zu erzielen.

Ueber diese Entwicklung scheint besonders Italien sehr ungehalten zu sein. Es läuft Gefahr, in den Währungsreformgesprächen isoliert zu werden und nicht mehr die Rolle spielen zu können, die es mit seinen Vertretern (z.B. Ossola als Vorsitzendem der Stellvertreter der "Zehn") bisher zu spielen vermocht hatte.

Für unser Land dürfte diese Entwicklungstendenz insofern von einer gewissen Bedeutung sein, als sich zeigt, dass selbst eine Vertretung im Rat der Exekutivdirektoren des IWF und damit auch im Komitee der "Zwanzig" einem kleinen Land nicht unter allen Umständen einen Einfluss auf die entscheidenden Währungsverhandlungen sicherzustellen vermag.

6. Das Bestreben, den IWF in zunehmendem Masse "politisch" zu beeinflussen und ihn mehr und mehr seines Charakters einer rein sachlich orientierten Währungsinstitution zu entkleiden, manifestiert sich aber im übrigen vor allem noch in den folgenden Tendenzen:

Ganz abgesehen davon, dass die wichtigen Entscheidungen, die dem IWF im Rahmen einer neuen Währungsordnung zuerkannt werden sollen (Ueberwachung der Zahlungsbilanzentwicklung und Anordnung von Zahlungsbilanzausgleichsmassnahmen oder gar Sanktionen zu ihrer Durchsetzung), dem Rat der Exekutivdirektoren, d.h. den Währungsexperten, entzogen und Regierungsvertretern, wenn möglich den Finanzministern, der wichtigsten Länder übertragen werden sollen, sind Bemühungen im Gange, die bisherige Leitungsstruktur des IWF auch noch in anderer Hinsicht vermehrter Einflussnahme durch nationale Regierungen zu unterstellen. Den Anlass hiezu bildet der Rücktritt des stellvertretenden Generaldirektors des IWF, des Amerikaners Southard. Anstatt nur ihn zu ersetzen (als Kandidat scheint der amerikanische Exekutivdirektor Dale im Vordergrund zu stehen), wird nach vertraulichen Informationen aus dem IWF daran gedacht, dem Generaldirektor künftig vier Stellvertreter zuzuordnen. Interessiert an einem solchen Posten sind anscheinend vor allem Japan und die lateinamerikanischen Länder. Im Stab des IWF ist man über diese Entwicklung besorgt, weil damit eine direkte Einflussnahme der vertretenen Länder auf die Geschäftsführung des IWF stattfinden dürfte und der in Bretton Woods angestrebte Charakter des leitenden IWF-Stabes als einer den internationalen, bzw. übernationalen Gesamtinteressen verpflichteten neutralen Beamenschaft weitgehend verlorengelassen dürfte. Der IWF wird auf diese Weise, so wurde uns gesagt, immer mehr zu einem den Vereinigten Nationen ähnlichen Gebilde, das seine Objektivität und damit auch seine weltweite Reputation zu verlieren droht.

An die Verhältnisse in den Vereinigten Nationen wurde man tatsächlich auch während der Jahresversammlung durch sog. "walk outs" erinnert, die u.W. erstmals in dieser von derartigen politischen Demonstrationen bisher völlig freien Institution erfolgten. So fanden es die Vertreter der arabischen Länder für nötig, während der Ansprache des israelischen Finanzministers demonstrativ den Saal zu verlassen. Desgleichen zogen sich die afrikanischen Delegierten und - beachtlicher Weise - auch die Skandinavier ostentativ

aus dem Saal zurück, als der südafrikanische Finanzminister Diederichs das Wort, übrigens zu einem der besten Referate, ergriff.

7. In diesem Zusammenhang ist schliesslich noch die "Sensation" der diesjährigen Jahresversammlung zu erwähnen, nämlich das Eintreffen des offiziellen Gesuches der Volksrepublik China um Anerkennung als rechtmässiger Vertreterin Chinas im Währungsfonds und in der Weltbankgruppe. Diese Möglichkeit hatte sich, wie wir in unserem seinerzeitigen Bericht festhielten, bereits an der letztjährigen Jahresversammlung abgezeichnet. Im Gegensatz zur Sowjetunion und den übrigen Ostblockländern befindet sich die Volksrepublik China insofern in einer günstigen Ausgangsposition, als sie nicht um eine formelle Aufnahme in die beiden Bretton Woods Institutionen, verbunden mit den damit zusammenhängenden Auskunftspflichten etc., nachzusuchen braucht. Sie kann sich vielmehr darauf berufen, die rechtmässige Vertretung Chinas zu übernehmen, das - bisher vertreten durch Taiwan - schon seit Anbeginn Mitglied war. Eine Verweigerung dieser Anerkennung scheint nach der Zulassung der Volksrepublik in die Vereinten Nationen völlig ausgeschlossen. In Nairobi herrschte der Eindruck vor, die Chinesen hätten den Zeitpunkt für ihren Vorstoss um Anerkennung (nicht schon am Anfang der Versammlung, aber doch noch früh genug, um die nötige Aufmerksamkeit zu finden) ausserordentlich geschickt gewählt. Dass dies sorgfältig geplant war, ging im übrigen auch daraus hervor, dass Tansania und Algerien, welche den Anspruch der Volksrepublik China offiziell anmeldeten und unterstützten, beide am letzten Tag der Jahresversammlung das Wort ergriffen. Die Beteiligung Pekings an IWF und Weltbank wird zweifellos sehr weitreichende Konsequenzen haben. Als sicher gilt, dass Peking eine Vertretung im Rat der Exekutivdirektoren des IWF und der Weltbank sowie eine Vertretung im Komitee der "Zwanzig" beanspruchen wird. Taiwan, das bis zum letzten Jahr im Exekutivdirektorium vertreten war, hatte sich 1972 nicht mehr an den Erneuerungswahlen beteiligt und ist deshalb zur Zeit nicht mehr vertreten. Dagegen hat Taiwan die Kreditfazilitäten

sowohl im IWF als auch bei der Weltbankgruppe noch bis aufs letzte beansprucht. Die Frage wurde gestellt, wer diese Schulden übernehmen oder garantieren wird, wenn Taiwan einfach hinauskomplimentiert wird. Der Vorstoss Rotchinas stellt auf jeden Fall sowohl die Vereinigten Staaten als auch insbesondere die Sowjetunion vor recht heikle Probleme. Im übrigen aber dürfte der Währungsfonds wie auch die Währungsreformgespräche durch die Beteiligung Pekings ein neues Gesicht erhalten.

8. Das wohl positivste Ergebnis der Jahresversammlung in Nairobi ist zweifellos die erreichte Verständigung über das 4. "Replenishment" der IDA, zu dem auch die Schweiz einen nicht zu unterschätzenden Beitrag in Aussicht gestellt hat. Darüber wie auch über die neuen Vorschläge Präsident McNamaras zur Intensivierung der Entwicklungshilfeleistungen der Weltbankgruppe wird der mit diesen Fragen besser vertraute Vertreter der Handelsabteilung Bericht erstatten.
